



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Bundestag debattiert über Europa

Angela Merkel weist Nazi-Vergleiche zurück

Angela Merkel hat sich Nazi-Vergleiche von Seiten türkischer Regierungsmitglieder verboten. In ihrer Regierungserklärung zum Europäischen Rat sagte Merkel, eine Verharmlosung der Verbrechen des NS-Regimes „werden wir auf gar keinen Fall zulassen“. Merkel warb vor dem Bundestag für ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Angesichts der vielfältigen globalen Herausforderungen sei klar, dass die Europäische Union mehr Verantwortung übernehmen müsse.

Zu Beginn ihrer Rede wandte sich Angela Merkel klar gegen Protektionismus und Nationalismus, vor allem auch in der Handelspolitik. Zudem stellte sie fest, dass sich Europa insgesamt auf einem Weg der wirtschaftlichen Erholung befinde. Es sei ermutigend, dass die Arbeitslosigkeit insgesamt in Europa wieder auf dem niedrigsten Stand seit 2009 sei, auch wenn gerade die Jugendarbeitslosigkeit noch immer viel zu hoch sei. Darüber hinaus haben sich auch die Lage der öffentlichen Finanzen und der Umfang der Investitionen in Europa kontinuierlich verbessert. Dies sei für uns in Deutschland in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug einzuschätzen. Nur wenn es Europa gut geht, wird es auch Deutschland dauerhaft gut gehen können.

Angela Merkel betonte einmal mehr, dass Europa in der Flüchtlingspolitik von Solidarität unter den Mitgliedstaaten leider noch immer weit entfernt sei, beispielsweise bei der Verteilung über freiwillige Kontingente. Zugleich unterstrich sie aber sehr deutlich, dass wir selbst bei vorbildlichster europäischer Solidarität in der Flüchtlingspolitik Vereinbarungen mit Herkunfts- und Transitstaaten bräuchten, wie wir sie jetzt mit einigen Staaten Nordafrikas anstreben und wie wir sie mit der Türkei haben. Ohne solche Abkommen müssten wir uns auch bei bester europäischer Solidarität mit illegaler Migration abfinden. Das

kann schon allein angesichts tausender ertrunkener Menschen im Mittelmeer nicht Ziel unserer Politik sein.

Zur Türkei fand Angela Merkel sehr klare Worte. Die Äußerungen, die Deutschland in die Nähe des Nationalsozialismus rückten, müssten aufhören, weil sie die Verbrechen der Nazis verharmlosten. „Das ist so deplatziert, dass man es nicht ernsthaft kommentieren kann“, so die Bundeskanzlerin. Sie betonte weiterhin, dass die derzeitigen tiefgreifenden Meinungsunterschiede mit der Türkei ganz grundsätzliche Fragen von Demokratie und Recht berühren und sie sich bei allen Gesprächen stets von unseren Werten leiten ließe.

Die Bundeskanzlerin betonte zugleich, dass Europa vor großen Aufgaben stehe, bei denen der kleinste gemeinsame Nenner unter den Mitgliedstaaten nicht genüge. Dies gelte beispielsweise für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Hier müsse Europa in Zukunft größere Verantwortung übernehmen und sich zugleich strukturell besser verzahnen. Daher müsse das Instrument der sog. „verstärkten Zusammenarbeit“, also ein „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ in Zukunft stärker genutzt werden. Angela Merkel verwies darauf, dass es diese verschiedenen Geschwindigkeiten beim Euro oder beim Schengen-Raum bereits heute gebe. Zugleich stellte sie klar, dass ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten stets für alle Länder offenstehe, die sich erst später zum Mitmachen entscheiden würden.

In meinem Redebeitrag bin ich sowohl auf die aktuellen Besuche türkischer Politiker in Deutschland als auch auf die Situation in der Ukraine und im Westlichen Balkan eingegangen. Meine Rede können Sie in der Mediathek des Deutschen Bundestages oder direkt unter <http://t1p.de/qhxb> nachhören und -sehen. ■

Grenze für Sofortabschreibung wird nach 50 Jahren erstmals angehoben!

Seit einigen Tagen steht fest, dass eine langjährige Forderung der Mittelstandspolitiker von CDU und CSU endlich umgesetzt werden kann: Die Grenze für die eine Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter wird von aktuell 410 Euro auf 800 Euro angehoben. Damit können beispielsweise Smartphones und Laptops aber auch Bohrmaschinen und andere technische Kleingeräte mit einem Kaufpreis bis zu 800 Euro sofort im Jahr der Anschaffung vollständig steuerlich abgeschrieben werden. Das fördert Investitionen und reduziert bürokratischen Abschreibungsaufwand. Über 50 Jahre wurde dieser Grenzwert nicht angehoben! Nun soll er zum 1. Januar 2018 fast verdoppelt werden. Das ist ein großer Erfolg für die Unionsfraktion und eine echte Entlastung für unsere vielen mittelständischen Betriebe und Familienunternehmen. ■

Vollverschleierung einschränken

Viele Verwaltungsaufgaben können nicht funktionieren, wenn das Gesicht der betroffenen Person verhüllt ist. Der Bundestag hat in dieser Woche daher die Beratungen über einen Gesetzesentwurf zur Vollverschleierung begonnen. Das neue Gesetz soll für bestimmte Bereiche des öffentlichen Lebens regeln, wann das Gesicht verhüllt werden darf und wann nicht. So sollen etwa Beamte und Soldaten bei Ausübung ihres Dienstes sowie bei Tätigkeiten mit unmittelbarem Dienstbezug ihr Gesicht nicht verhüllen dürfen. Entsprechendes gilt auch für Wahlhelfer nach dem Bundeswahlgesetz. Zudem werden im Personalausweisgesetz, im Aufenthaltsgesetz und in der Bundeswahlordnung Regelungen getroffen, die sicherstellen sollen, dass stets der jeweilige Abgleich des im Papier erhaltenen Lichtbilds mit dem Gesicht der Person ermöglicht wird. ■

Faktencheck Agenda 2010

Seit Einführung der Reformagenda fiel die Zahl der Arbeitslosen von mehr als fünf Millionen Anfang 2005 auf rund 2,76 Millionen im Februar 2017. Forscher der Universität Mainz führen diese Entwicklung unter anderen auf die bessere Vermittlungsarbeit zurück, die alleine für die Senkung

der Arbeitslosenrate um zwei Prozentpunkte verantwortlich sei. Im Zuge des Umbaus der Arbeitsbehörden kamen statistisch gesehen deutlich weniger Arbeitslose auf einen Vermittler. Im selben Zeitraum entstanden 2,7 Millionen neue, befristete und sozialversicherte Jobs. Dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zufolge hätten die gute Konjunktur und moderate Lohnabschlüsse die Reformwirkung weiter unterstützt. Zwar kletterte die Zahl der Leiharbeiter von gut 300 000 im Jahr 2013 auf eine Million im Jahr 2016, dies habe laut IAB-Forschern jedoch auch positive Folgen: Bei der Hälfte der Leiharbeit handele es sich um zusätzliche Stellen. ■

Aufbewahrungsregeln für Waffen von Jägern und Sportschützen werden verändert

Der Schießsport, die Jagd und das Sammeln historischer Waffen gehören sowohl zu den bürgerlichen Freiheiten wie auch zur Tradition unseres Landes und werden in Deutschland besonders verantwortungsbewusst praktiziert. Auch deshalb waren wir zu Recht stolz auf unsere Schützen in Rio bei den Olympischen Spielen im vergangenen Jahr. Für eine grundlegende Verschärfung des deutschen Waffenrechts besteht auch vor diesem Hintergrund aus Sicht der Union keine Notwendigkeit. Derzeit sorgen zwei Themen unter Jägern und Sportschützen für große Aufregung, weil hierzu viele Falschinformationen verbreitet werden: Neue, deutsche Aufbewahrungsregel und die Überarbeitung der EU-Feuerwaffenrichtlinie. In dieser Woche hat der Bundestag mit den Beratungen zu den neuen Aufbewahrungsregeln begonnen. Gleich zu Beginn kann Entwarnung gegeben werden: Durch einen umfassenden Bestandschutz müssen bestehende Waffenschränke nicht ausgetauscht werden, die neuen Normen gelten nur für Neuanschaffungen.

Zu beiden Themen werde ich die Sportschützen und Jäger unserer Region am Mittwoch, 10. Mai 2017, abends, im Restaurant Schützenhaus Pforzheim, Kirschenpfad 1, 75181 Pforzheim zu einer Informationsveranstaltung einladen. Der Europaabgeordnete Andreas Schwab, der die Verhandlungen zur neuen EU-Feuerwaffenrichtlinie maßgeblich gestaltet hat, wird über die Neuregelungen berichten. Mein Wahlkreisbüro nimmt unter 07231-140061 Anmeldungen gerne entgegen. ■